



Die Verabschiedung des Entwurfs zur Abschaffung des Mietwerts am 28. September könnte die Renovierung von Häusern zum Erliegen bringen. Dieser Entwurf bedeutet eine radikale Systemänderung und stellt in mehrfacher Hinsicht einen Rückschritt dar: Er verhindert Renovierungen, schwächt die Wirtschaftstätigkeit, belastet die Mittelschicht und schadet der Umwelt.

Eine breite Allianz von Wirtschaftsakteuren hält den Entwurf des Parlaments für viel zu riskant, gefährlich für die Wirtschaft und mit zu vielen Unbekannten in steuerlicher Hinsicht.

Der Entwurf behindert wichtige Renovierungsarbeiten an Wohngebäuden, deren Wert dadurch sinkt. Investitionen in Höhe von mehreren Milliarden gehen verloren. Bisher konnten Eigentümer die Kosten für die Instandhaltung und Renovierung ihrer Wohnungen von der Steuer absetzen. Insbesondere bei ökologischen Renovierungen (Dämmung, Wärmepumpen, Solaranlagen) ist der Steuerabzug heute oft ein entscheidender Faktor bei der Investitionsentscheidung. Der geplante Wegfall des Mietwerts und der damit verbundene radikale Systemwechsel würden diesen entscheidenden Steuerabzügen ein Ende setzen. Damit würde ein wichtiger Anreiz für die Renovierung von Häusern wegfallen. Denn viele Menschen könnten sich solche Arbeiten nicht mehr leisten. Heizungen würden nicht ersetzt, Wände nicht gedämmt, Fenster nicht erneuert.

Darüber hinaus belastet der Entwurf die Mittelschicht. Neben den Unterhaltskosten würden auch die Hypothekarzinsen von jeglicher steuerlichen Abzugsfähigkeit ausgeschlossen. Dies betrifft vor allem weniger wohlhabende Immobilienbesitzer und die Mittelschicht, die sich ihren Traum vom Eigenheim erfüllen.

Der Entwurf führt zudem zu Steuerausfällen von über einer Milliarde für Gemeinden, Kantone und den Bund: Bei den aktuellen Zinssätzen würden sich diese auf 1,7 Milliarden pro Jahr belaufen. Verschiedene Kantone müssten dies durch Steuererhöhungen kompensieren. Es ist bereits von Erhöhungen der Einkommenssteuer um bis zu 7,5 % die Rede. Im Wallis werden die Steuerausfälle für den Kanton auf 35 Millionen Franken und für die Gemeindesteuern ebenfalls auf 35 Millionen Franken geschätzt.

Schliesslich torpediert der Entwurf wirksame Massnahmen zum Klimaschutz. Energetisch hochwertige Renovierungen sichern den Wert von Gebäuden und sind wirksame Massnahmen zum Umweltschutz. Der Entwurf sieht jedoch die Abschaffung der Steueranreize für energetische Sanierungen vor. Dies untergräbt einen wichtigen Faktor für Investitionen in klimafreundliche Massnahmen wie Wärmedämmung, Wärmepumpen und Solaranlagen. Ohne diese Anreize verlangsamt sich der Sanierungszyklus, wodurch die CO₂-Emissionen im Gebäudebereich auf einem hohen Niveau bleiben. Das Problem der Stromversorgung im Winter wird ebenfalls verschärft, da schlecht isolierte Gebäude im Winter mehr Strom verbrauchen. Die Klima- und Energieziele, für die sich die Schweizer Stimmberechtigten klar ausgesprochen haben, werden dadurch wesentlich schwieriger zu erreichen sein.

Medienkontakte:

- Marianne Maret, Ständerätin : marianne.maret@parl.ch
- Sidney Kamerzin, Nationalrat : sidney.kamerzin@parl.ch
- Philippe Nantermod, Nationalrat: philippe.nantermod@parl.ch
- Benjamin Roduit, Nationalrat: benjamin.roduit@parl.ch
- Donald Moos, Präsident SVP Valais Romand : donald.moos@udc-valais.ch
- Bonvin Vincent, Präsident vom bauenwallis : vincent.bonvin@b-groupe.ch
- Vincent Riesen, Direktor IHK-Wallis : vincent.riesen@cci-valais.ch

Lizenzfreie Fotos (bitte das Copyright angeben) sind über den folgenden Link verfügbar:

<https://photo-genic.photoshelter.com/gallery/ALLIANCE-ECONOMIQUE-VALAISANNE/G0000.U9g2fyTvzs/C0000MAYHQqiqGCM>
password: press

12. September 2025